

Beschluss des Landrats vom 02.11.2023

Nr. 154

31. Homeschooling: Reduktion der Hürden für die private Beschulung 2023/333; Protokoll: bw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Andrea Heger (EVP) nimmt anstelle der aus dem Landrat zurückgetretenen Postulantin Laura Grazioli und auch für die Grüne/EVP-Fraktion Stellung. Laura Grazioli ist bewusst, dass sie mit diesem Vorstoss scheitern könnte, zumal der Regierungsrat eine Überweisung ablehne. Dennoch hält sie am Vorstoss fest, weil ihr das Thema sehr am Herzen liegt und sie auf einige Aspekte hinweisen möchte: Die öffentliche Schule wird nicht allen Kindern gerecht, was auch mehrere Personen im Saal – sowohl auf rechter wie auch linker Seite – festgestellt haben und auch von der Bildungskommission anerkannt wurde. Für Kinder, die – aus welchen Gründen auch immer – die öffentliche Schule nicht mehr besuchen können, braucht es ebenfalls gute, tragbare Lösungen. Heute stehen als Optionen in erster Linie der Übertritt in Privatschulen oder Homeschooling zur Verfügung. Eltern, die sich für das Homeschooling ihrer Kinder entscheiden, nehmen enorme Mühen auf sich, um die Heimbeschulung zu ermöglichen. Dabei sind Bemühungen im organisatorischen Bereich wie auch in finanzieller Hinsicht gemeint. Ein solcher Entscheid wird also in der Regel überhaupt nicht leichtfertig gefällt, zieht er doch auch grosse Konsequenzen für die Familie nach sich. In den allermeisten Fällen ist die Ausgangslage ein grosser Leidensdruck, der so gelöst werden soll. Nicht wenige Eltern entscheiden sich für den Beitritt ihrer Kinder in eine Lerngruppe, weil sie es nicht möchten, dass ihre Kinder ganz alleine zuhause beschult werden, sondern auch einen gewissen sozialen Austausch mit einer grösseren Gruppe erfahren.

Es ist der Grüne/EVP-Fraktion ein grosses Anliegen, dass die Qualität des Schulunterrichts und auch des alternativen Schulunterrichts wie Privatschulen und Homeschooling hoch ist und auch entsprechende Kontrollen stattfinden und Anforderungen gelten.

Die Postulantin zweifelt an der Verhältnismässigkeit der aktuellen Regelungen respektive Anforderungen. Eigentlich gelten aktuell für das Homeschooling dieselben Anforderungen wie für eine Privatschule. Betrachtet man die Zahlen, sind starke Rückgänge festzustellen. Das hängt auch mit den hohen Anforderungen zusammen. Man mag die politische Haltung vertreten, dass diese Rückgänge gewollt sind. Nach Haltung der Postulantin sind die Hürden aber viel zu hoch im Vergleich zu dem, was wirklich nötig ist. Es geht bei diesem Vorstoss entsprechend lediglich um eine Prüfung, ob die Anforderungen gesenkt werden können. Aktuell wird das Homeschooling praktisch verunmöglicht. Vor diesem Hintergrund freut sich Laura Grazioli über jegliche Unterstützung dieses Vorstosses. Die Grüne/EVP-Fraktion ist gespalten: Einige unterstützen den Vorstoss, andere nicht und wiederum andere enthalten sich. In seiner Stellungnahme schreibt der Regierungsrat, dass eine gewisse Zeitspanne benötigt wird, um die Prüfungen vornehmen zu können. Es ist nicht möglich – wie dies allenfalls in anderen Kantonen der Fall ist –, innert zweier Wochen dem Homeschooling zuzustimmen. Für die Grüne/EVP-Fraktion ist es nachvollziehbar, dass eine Vorlaufzeit notwendig ist, allerdings ist die aktuelle Zeitspanne wohl tatsächlich etwas lange. Entsprechend ist zu prüfen, wie sehr man entgegenkommen kann, ohne dass die Qualität in Mitleidenschaft gezogen wird.

Caroline Mall (SVP) dankt Andrea Heger für das kurze, knackige Votum. [*Heiterkeit*] Inhaltlich kann sich Caroline Mall der Ansicht der Postulantin anschliessen – eine Mehrheit ihrer SVP-Fraktion allerdings nicht. Falls Laura Grazioli mithört: Vielen Dank für die Einreichung dieses Vor-

stosses. Die Argumente beider Seiten – Regierung und Postulantin – sind nachvollziehbar. Es ist allen bekannt, dass die Heterogenität an den Schulen ein gewaltiges Problem ist. Vor einigen Jahren versuchte Caroline Mall den Fächer zu öffnen, indem Privatschulen in diesem Kanton stärker abgeholt und eingebunden werden sollten. Es ist bekannt, dass die Regierung das nicht möchte. Das ist verständlich, denn die Volksschule ist sehr gut und das ist auch die Meinung der gesamten SVP-Fraktion, was der Grund ist, weshalb eine Mehrheit die Überweisung ablehnt. Allerdings darf man sich Alternativen nicht permanent verschliessen. An diesem Punkt sind wir nun aber bereits seit Jahren. Gesucht wird somit ein visionärer Vorstoss, der diesem Umstand und vor allem den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler, der Lehrpersonen und der Erziehungsberechtigten Rechnung trägt. Ein klassisches Beispiel: Vielleicht gibt es im Saal Menschen, die selbst die Situation mit einem verhaltensauffälligen Kind erlebt haben, das nicht mehr schläft, isst und Prüfungsangst hat. Auch Mobbing ist ein Thema. Die Erziehungsberechtigten möchten natürlich, dass es dem Kind gut geht. Ein Wechsel in eine Privatschule ist praktisch unmöglich. Sämtliche Anträge werden abgelehnt. An diesem Punkt darf man sich durchaus konziliant zeigen. Laura Grazioli strebt lediglich eine Prüfung ohne jeglichen Qualitätsverlust an. Die ablehnende Haltung interpretiert Caroline Mall als Angst vor zu vielen Anträgen für Privatschulen oder Homeschooling. Aus diesem Grund bittet Caroline Mall um Unterstützung für dieses Postulat, auch wenn dies nicht der Haltung ihrer Fraktion entspricht.

Anita Biedert (SVP) ist ebenfalls anderer Meinung als ihre Fraktion und unterstützt das Postulat sehr gerne. Es geht lediglich um die Prüfung des Abbaus gewisser Hürden. Die Erziehungsberechtigten wollen das Beste für ihre Kinder. Im Kanton Aargau müssen Personen für Homeschooling keine ausgebildeten Lehrpersonen sein. Denkt man aber an Quereinsteigerprogramme, in denen Personen innert weniger Wochen zu Lehrpersonen ausgebildet werden, wäre auch ein Abbau der Hürden im Sinne des Behebens des Lehrpersonenmangels sinnvoll.

Sven Inäbnit (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion lehne das Postulat rundweg ab. Die FDP-Fraktion ist absolute Verfechterin der Volksschule, allgemein und besonders auch der Volksschule im Kanton Basel-Landschaft. Die Volksschule ist ein Instrument für die Sozialisierung unserer Kinder, für die Integration in die Gesellschaft und für den Austausch mit anderen Lebensmodellen. Die FDP-Fraktion unterstützt, dass unsere Kinder grundsätzlich die Volksschule besuchen und diese Erfahrungen machen und ins Leben mitnehmen können. Die Fraktion ist weiter nicht davon überzeugt, dass es beim Thema Homeschooling primär um das Wohl der Kinder geht. Oft werden wohl auch irgendwelche Anschauungsthematiken der Eltern, die auf die Kinder projiziert werden, ausschlaggebend sein. Letztendlich geht es aber um das Kindeswohl. Das bedeutet auch, dass die Chancengleichheit gewährleistet sein muss. Die FDP-Fraktion sieht bei der Volksschule bessere Chancen, wenn es darum geht, die Weichen für das Berufsleben oder die Anschlussfähigkeit für weiterführende Schulen zu stellen. Die Hürden sollen deshalb überhaupt nicht gesenkt werden. Homeschooling soll nicht einfach eine Alternative sein: Wenn der von Laura Grazioli beschriebene Leidensdruck aufgrund des Aufwands so gross ist, dann gibt es nur eine Lösung: Schickt das Kind in die Volksschule, dann fällt der Leidensdruck weg. Es gibt Fälle, in denen eine solche Lösung sinnvoll ist, dies soll aber seriös geprüft werden, was eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Allerdings können Folgegesuche auch entsprechend schneller bewilligt werden, wenn eine saubere Initialprüfung stattgefunden hat. Die FDP-Fraktion wird die Überweisung ablehnen.

Yves Krebs (GLP) meint, die Antwort auf Mobbing in der Schule könne sicherlich nicht Homeschooling sein. Sieht man die Absenderin des Postulats, geht es hier wohl eher darum, die Kinder vor den «schädlichen» Einflüssen des Maskentragens zu schützen, indem sie zuhause beschult werden. Auch Yves Krebs ist Verfechter der Volksschule. Die Eltern sollen arbeiten und nicht ihre eigenen Kinder unterrichten. Wo käme man denn hin? Eine Bemerkung zum schrecklichen Begriff

«die Beschulung»: Für ein gepflegtes Deutsch soll man auf «-ung» verzichten. Dieser Begriff scheint ein neues Trendwort zu sein.

Andrea Heger (EVP) betont ihre verschiedenen Rollen als Vertreterin der Postulantin, ehemalige Lehrerin und Gemeinderätin mit entsprechendem Interesse an einer guten Volksschule. Sven Inäbnit hat viele Argumente genannt, die absolut nachvollziehbar sind. Aus liberaler Sicht sollte es den Eltern aber auch freigestellt werden, eine andere Schule zu wählen. Ganz wichtig – und das ist auch der Grüne/EVP-Fraktion sehr wichtig – ist, dass die Qualität hoch ist und dies auch entsprechend geprüft wird. Es darf nicht dazu führen, ideologisch gefärbte Schulen zu haben, weil man nicht in den Austausch mit der Gesellschaft treten möchte. Insofern sind gewisse Hürden auch gut. Es gibt allerdings auch Hürden, die sehr hoch scheinen. Natürlich muss auch die Staatsschule planen können und entsprechend schwierig wäre es, wenn einen Monat vor Schulbeginn plötzlich zehn Kinder aufgrund von Homeschooling fehlen. Der Bildungsfranken muss möglichst dort eingesetzt werden, wo er den grössten Effekt hat. Hierfür hilft ein Plan, wie viele Klassen gebildet werden müssen etc. Hürden ja – es kann aber doch auch geprüft werden, ob diese an gewissen Stellen nicht zu hoch sind. Diese werden als zu hoch erachtet und müssen geprüft werden, denn es gibt Erziehungsberechtigte, die zum Schluss gelangen, dass die Staatsschule für ihre Kinder nicht der geeignete Ort ist. Dafür gibt es verschiedene Gründe, nicht nur die von Yves Krebs unterstellten. Die Antwort auf eine Interpellation von Miriam Locher zeigt, dass es erfreulicherweise wieder mehr Privatschulmöglichkeiten gibt, die auch vom Kanton bewilligt wurden. Das ist toll. Die Tendenz war lange abnehmend, momentan ist dies aber nicht mehr so.

Marc Schinzel (FDP) fand die Diskussion sehr interessant. Liebe Grüsse an Laura Grazioli, die eine sehr selbständige Haltung hat. Der liberale Gedanken ist nicht einfach von der Hand zu weisen. Es gilt aber stets auch abzuwägen. Es gibt einerseits Volksschulen, andererseits Privatschulen. Diese Wahl hat man. Dazu hat man noch Homeschooling. Bei Privatschulen handelt es sich um eine alternative Wahlmöglichkeit. Dort findet aber stets eine einwandfreie Zertifizierung statt. Dadurch wird der gute Qualitätsstandard sichergestellt. Wenn der Fächer geöffnet wird, entstehen bei Marc Schinzel Bedenken, dass man in eine sektiererische Problematik abrutschen könnte oder dass Gruppierungen entstehen, die ein sehr eindimensionales Weltbild haben. Marc Schinzel selbst hat einen Vorstoss bezüglich das Verbot geschlechtergetrennter Schulen eingereicht. Bei den Privatschulen besteht dieses Problem wegen der sauberen Zertifizierung nicht. Aus diesen Gründen tendiert auch Marc Schinzel dazu, das Postulat abzulehnen.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) betont, dass sich die Regierung nicht gegenüber dem Homeschooling verschliesse. Dies ist im Kanton Basel-Landschaft erlaubt. Die Qualität des Homeschoolings ist aber wichtig: Sie muss hoch sein. Sven Inäbnit hat das Stichwort Chancengerechtigkeit bereits genannt. Die Anschlussfähigkeit ist sehr wichtig. Kinder und Jugendliche werden bestraft, sollte dies nicht gelingen. Die Volksschule muss Schülerinnen und Schüler von einem Tag auf den anderen wieder aufnehmen, falls Eltern sich entschliessen, das Homeschooling nicht weiterzuführen. In einem Kanton ist sogar gesetzlich verankert, dass die Eltern die Kosten für den Nachhilfeunterricht übernehmen müssen, wenn ein Kind wieder in die Volksschule kommt und nicht das entsprechende Niveau aufweisen kann. So weit geht der Kanton Basel-Landschaft nicht. Ganz bewusst soll die Hürde aber hoch gehalten werden, damit es nicht zu solchen Situationen kommt. Es wird um Verständnis dafür gebeten, dass gerade bei einem Erstgesuch umfangreiche Abklärungen getroffen werden müssen, um bestätigen zu können, dass die Anforderungen eingehalten werden und die Stufendiplome beispielsweise vorliegen. Aus diesen Gründen wird der Landrat gebeten, die Überweisung des Postulats abzulehnen.

://: Mit 58:10 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.

